**Zumeldung des Gemeindetags Baden-Württemberg zur Pressemitteilung Nr. 149/2015 „Kabinett beschließt Gesetzesentwurf zur Änderung der Kommunalverfassung“ des Staatsministeriums Baden-Württemberg**

**Will Landesregierung tatsächlich starke Kommunen?**

**Gesetzesentwurf schwächt kommunale Gremien in ihrer Entscheidungsfreiheit**

Der Gemeindetag Baden-Württemberg bleibt bei seiner Kritik der vorgesehenen Änderung der Gemeindeordnung. Zwar akzeptiere man die Absenkung der Quoren bei Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden, alle weiteren Änderungen der Gemeindeordnung lehnt der größte Kommunale Landesverband jedoch weiterhin strikt ab. Der Landesvorstand, das höchste Gremium des Gemeindetags sprach sich zuletzt eindeutig dagegen aus, mögliche Modifizierungsvorschläge anzunehmen. Gemeindetagspräsident Roger Kehle zeigt sich enttäuscht angesichts des heutigen Beschlusses des Ministerrats: „Die Änderung der Gemeindeordnung ist keine Modernisierung der Demokratie, sondern eine Gängelung. Wir bleiben deshalb dabei, dass dieses Gesetz überflüssig ist“. Nicht nachvollziehbar für die Kommunen sei insbesondere die Erweiterung von Bürgerbegehren und Bürgerentscheiden auf den einleitenden Beschluss von Bauleitplanungen. Angesichts der dringenden Notwendigkeit, schnell neue Flüchtlingsunterkünfte in den Städten und Gemeinden bauen zu müssen, sei dies kontraproduktiv. „Wir waren uns gestern auf dem Flüchtlingsgipfel einig, dass unsere Kommunen dringend Unterstützung benötigen, um zügig notwendigen Wohnraum für die vielen Flüchtlinge bauen zu können. Das heißt aber, dass wir vor Ort nicht bei der Planung von neuen Gebäuden ausgebremst werden dürfen.“ Das bestehende Recht berücksichtige die Bürgerbeteiligung ausreichend.

In Baden-Württemberg arbeiten Gemeinderäte und Verwaltungen äußerst effizient und vertrauensvoll zusammen. So könne bisher schon jede Kommune für sich entscheiden, wie sie die Frage des Fraktionsstatus in ihrem Gremium handhabe. Eine Regelung „von oben herab“ empfinden die kommunalen Vertreter als Misstrauensvotum gegenüber ihren Entscheidungen. Die Landesregierung tue gerade so als ob die Kommunen vor Ort bisher keinerlei Gespräche mit Jugendlichen geführt und ihre Wünsche und Anforderungen ignoriert haben. Das Gegenteil sei der Fall, berichtet Kehle.

Der Gemeindetag sieht in der geplanten Änderung der Kommunalverfassung ein Risiko für die repräsentative Demokratie.